

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung
des Stadtrates
vom Dienstag, den 20. Dezember 2005

Sitzungsleiter: stellv. Bürgermeisterin Anhalt
Schriftführer/in: Pfleger, Napieralla

Anwesend waren stellv. Bürgermeister Ried, die Stadträtinnen Gruber, Hülser, Dr. Luther, Platzer, Rauscher, Schurer B. und Warg-Portenlänger sowie die Stadträte Abinger, August, Berberich, Brilmayer, Gietl, Heilbrunner, Krug, Lachner, Mühlfenzl, Nagler, Riedl, Schechner A., Schechner M. sen. und Schuder.

Entschuldigt fehlte Stadtrat Schechner M. jun..

Bürgermeister Brilmayer war als Zuhörer anwesend.

Herr Napieralla und Frau Pfleger nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest.

Es lagen keine Bürgeranfragen vor.

TOP 1

Bürgerversammlung 2006;
Behandlung der vorgetragenen Anregungen und Anträge

öffentlich

Anhand des Protokolls der diesjährigen Bürgerversammlung wurden dem Stadtrat zunächst alle Anfragen und Anregungen aus der Bürgerversammlung vom 18.11.2005 vorgetragen. Die meisten Anfragen wurden durch Bürgermeister Brilmayer in der Versammlung direkt beantwortet.

Über die Feststellung des Herrn Ziegner bezüglich der Ahndung der Benutzung des ansonsten leerstehenden 1.Klasse-Abteils des „Filzenexpresses“ zwischen den Haltestellen Ebersberg und München Ostbahnhof hat die Verwaltung die DB schriftlich informiert und um Abhilfe gebeten. Von Seiten der Bahn wurde kein Entgegenkommen gezeigt; es wurde lediglich darauf hingewiesen, dass die Bahnkunden für den MVV-Bereich eine sogen. Übergangskarte für die Nutzung der 1. Klasse lösen könnten. Aus der Mitte des Ausschusses wurde angefragt, die Bahn nochmals dringend zu bitten, wenigstens die Kontrollen in diesem Bereich mit „Augenmaß“ durchzuführen und von Ahndungen abzusehen.

Die Anregung des Herrn Binder an der Vorampel vor der ersten Zufahrt zum Marienplatz einen grünen Rechtsabbiegepfeil anzubringen wurde an die untere Verkehrsbehörde im Landratsamt weitergeleitet. Eine Reaktion liegt noch nicht vor.

Die Idee des Herrn Kulhanek, Ebersberg und Kirchseeon direkt durch ein Gleis zu verbinden wurde an die S_Bahn München GmbH und von dort an die zuständige Bayerische Eisenbahngesellschaft weitergeleitet. Eine Reaktion liegt noch nicht vor.

Der Stadtrat stellte übereinstimmend fest, dass sämtliche Anfragen in der Bürgerversammlung ausführlich beantwortet bzw. durch die dargestellten Maßnahmen der Verwaltung bearbeitet wurden, und beschloss einstimmig mit 23 : 0 Stimmen, sie damit als erledigt zu betrachten.

In der Bürgerversammlung 2005 wurde in einer offenen Abstimmung mehrheitlich beantragt, die durch den Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss beschlossene Umbenennung der Hindenburgallee in Pfarrer-Grabmeier-Allee nochmals im Stadtrat zu beraten. Hierzu erteilte stellv. Bürgermeisterin Anhalt mit dem Einverständnis des Stadtrates Bürgermeister Brilmayer, der als Zuhörer anwesend war, Rederecht.

Er führte aus, dass sich zwischenzeitlich alle Stadtratsfraktionen ausführlich mit diesem Thema beschäftigt hätten. Die Vorsitzenden der Fraktionen einigten sich in einer gemeinsamen Besprechung mit dem Bürgermeister darauf, dem Stadtrat die Beibehaltung der Umbenennung vorzuschlagen. Begründet wird der Vorschlag damit, dass eine historische Bewertung des Lebens von Hindenburg durch den Ebersberger Stadtrat kaum möglich bzw. äußerst schwierig sei und deshalb auch nicht stattfinden solle. Die Straße sei 1933 von „Zum Doktorbankerl“ in Hindenburgallee umbenannt worden, genauso wie die Bahnhofstraße in Adolf-Hitler-Straße. Letztere wurde 1945 wieder rückbenannt. Sicher sei, dass Hindenburg keinen direkten Bezug zu Ebersberg habe, der Stadtrat aber schon seit langem bestrebt ist, Straßen nur nach Persönlichkeiten zu benennen, die einen Bezug zu Ebersberg haben. Dies gilt auf jeden Fall für Pfarrer Grabmeier, der sich viele Verdienste um Ebersberg erworben hat, und deshalb auch zum Ehrenbürger ernannt worden war.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 23 : 0 Stimmen, am Beschluss des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss vom 31. Mai 2005 festzuhalten, und die Hindenburgallee in Pfarrer-Grabmeier-Allee umzubenennen.

TOP 2

Abfallwirtschaftssatzung;
Änderung wegen Einführung der Annahme von Großelektrogeräten
Umweltausschuss 29.11.05, TOP4

öffentlich

Grundlage dieser notwendigen Satzungsänderung ist eine neue Elektronikschrott-Verordnung, nach der die Hersteller von Elektrogeräten ab 24. März 2006 zur kostenlosen Rücknahme und fachgerechten Entsorgung aller Elektro-Geräte verpflichtet sind. Auch der Bürger ist wiederum verpflichtet – nämlich seine alten Geräte an den kommunalen Sammelstellen abzugeben und nicht in den Restmüll zu werfen.

Die Sammlung der Altgeräte aus privaten Haushalten wird von der Kommune durchgeführt. Die Hersteller müssen die Geräte an so genannten Übernahmestellen kostenfrei für die Kommune abholen. Eine solche Übernahmestelle muss aber die Geräte schon in fünf Fraktionen (Großgeräte, Bildschirme, Kühlgeräte, Kleingeräte und Gasentladungslampen) trennen, d.h. es müssen drei Großcontainer und zwei kleinere Container vorhanden sein. Die Deponie an der Schafweide wird auf jeden Fall eine solche Übernahmestation sein.

Das Landratsamt empfiehlt, um hier möglichst bürgerfreundlich zu sein, eine Annahme der Elektrogeräte an jedem Wertstoffhof. Wie in den meisten anderen Kommunen ist jedoch auch in Ebersberg nur Platz für maximal einen Großcontainer. Hier gibt es das Angebot des Landkreises eine Firma mit der Abholung und Nachsortierung des gemischten Containers zu beauftragen. Nach neuesten Schätzungen des Landratsamtes würden bei 4 Leerungen pro Jahr Kosten in Höhe von ca. 2.000,00 € entstehen. Diese müssen über den Gebührenhaushalt umgelegt werden. Die Alternative, die Bürger zur Deponie zu schicken, wäre aufgrund der begrenzten Öffnungszeiten nicht sehr bürgerfreundlich.

Ein Holsystem der Elektrogeräte wird wie bisher vom Landkreis organisiert, der Bürger hat dann nur die Transportkosten, keine Entsorgungskosten zu tragen

Bei Einführung einer Annahme von Elektrogeräten am Wertstoffhof wie oben beschrieben, ist die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Ebersberg folgendermaßen zu ändern:

§ 12 *Bringsystem*

Unter Satz (2) wäre hinzuzufügen:

14. Großelektrogeräte, Bildschirme und Kühlgeräte

§ 15 *Holsystem*

Unter Satz (2) ist zu streichen:

3. Kühlgeräte, Elektrogeräte, Bildschirme, Computerteile

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 23 : 0 Stimmen, die Abfallwirtschaftssatzung wie dargestellt zu ändern und die entsprechende Änderungssatzung zu erlassen. Sie soll am 24.03.2006 in Kraft treten.

TOP 3

Verschiedenes;
Bedarfsanerkennung von Integrationsplätzen in Kindergärten
öffentlich

In der Sitzung des Sozialausschusses vom 29.11.05 Ausschuss wurde gebeten zu prüfen, ob die Übergangsbestimmung zur Bedarfsanerkennung von Kindergartenplätzen auch die bestehenden Integrationsplätze umfasst.

Die Verwaltung informierte den Stadtrat, dass das Sozialministerium auf entsprechende Anfrage bestätigte, dass die Integrationsplätze in anerkannten Kindergärten ebenfalls der Bedarfsfiktion des § 3 Abs. 3 Nr. 3 Änderungsgesetz – BayKiBiG, die eine automatische Bedarfsanerkennung bis 31.07.2008 bedeutet, unterliegen. Eine gesonderte Bedarfsanerkennung ist deshalb nicht notwendig.

Aus der Mitte des Stadtrates wurde um eine gesonderte Information der Stadträte über den gesamten Bereich des neuen BayKiBiG und seine Auswirkungen auf die Stadt gebeten.

TOP 4

Wünsche und Anfragen

öffentlich

Stadtrat Andreas Schechner monierte, dass in der Niederschrift zur Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom 29.11.05, TOP 2 „Bewirtschaftungskonzept Einzugsgebiet Klostersee“ sein Antrag nicht enthalten ist, die Zahlungen der Stadt, die für die Durchführung von Maßnahmen der Landwirte vorgesehen sind, die über die Anforderungen der „guten fachlichen Praxis“ hinausgehen und mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden sind (siehe „Förderprogramm zur schonenden Landbewirtschaftung im Einzugsbereich des Klostersees“), nicht an die Landwirte auszureichen, sondern dem Verein „Freunde des Klostersees“ für Pflanzmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Die Landwirte seien ohnehin zur Umsetzung dieser Maßnahmen verpflichtet.

Er bat das Protokoll der Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom 29.11.05 entsprechend zu ändern.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 19.25 Uhr

Es folgte eine nicht öffentliche Sitzung.

Anhalt
Sitzungsleiterin

Pfleger
Schriftführerin